



Kleine Minderheit tritt gewerkschaftliche Werte mit Füßen

Liebe GdPler,

am 1. Mai begingen die Gewerkschafter in Deutschland ihren Mai-Feiertag. Zum 125. Mal. Etwas angestaubt und ein Relikt aus längst vergangenen Klassenkampfzeiten mag vielleicht die eine oder der andere von euch denken.

Und klar, man kann wie beim Mutter- oder Valentinstag entgegen, dieser eine „Tag der Arbeit“ verändern gar nichts und habe bestenfalls Symbolcharakter. Für die meisten Berufstätigen sei es nur noch ein willkommener freier Tag.

Ich erachte es aber als wichtig, dass sich die Lohnempfänger immer ihrer Rolle und Stärke als Mehrheit bewusst bleiben. Das alleine kann so eine ritualisierte Zusammenkunft schon erreichen.

Und der Zusammenhalt in einem großen Dachverband wie dem DGB ist vor allem wichtig, weil gemeinsam weiterhin vieles verändert oder verhindert werden muss. Denken wir zum Beispiel nur daran, dass es für alle keine erneute Verlängerung der Lebensarbeitszeit geben darf. Anderes hingegen, was schon erstritten wurde, darf keiner Rückentwicklung zum Opfer fallen.

Ihr alle seid in der Gewerkschaft der Polizei, weil euch klar ist, dass man in einem Zusammenschluss von vielen wesentlich mehr erreichen kann. Und natürlich gilt selbiges auch für mehrere Gewerkschaften, wenn sie sich unter einem Dachverband zusammenschließen. Die GdP ist also

grundsätzlich gut beraten, Mitglied dieses Dachverbandes zu sein.

Die Vielfalt eines solchen Dachverbandes erfordert allerdings ein höheres Maß an Toleranz und Diskussionsbereitschaft. Auch uns GdPlern muss klar sein, dass wir zwar für die gesamte Gesellschaft zuständig aber wir dennoch nicht ihr Mittelpunkt sind. Unsere Rolle ist und bleibt eine be-

hoffen wir, dass wenigstens das Transparent „Polizisten sind Mörder und Faschisten“ ausschließlich den aggressiv auftretenden Autonomen zuzurechnen ist. Dietmar Schilff mit seinem Zuruf, „wer sowas hochhalte, habe nicht alle Latten am Zaun“, traf es auch damit punktgenau.

Diesen Spaltern und Zuarbeitern von Rechtspopulisten muss entschei-



Dietmar Schilff, Landesvorsitzender der GdP Niedersachsen (Mitte), war Hauptredner der Kundgebung am 1. Mai.

sondere. Aber wir können auch mit Stolz auf unsere Berufsbilder blicken und dafür zurecht Respekt im Umgang mit uns fordern.

Rund um den vergangenen 1. Mai war der leider nicht zu 100% zu spüren. Eine kleine aber später lautstarke und um Autonome verstärkte Gruppe von Gewerkschaftsmitgliedern fordert den Ausschluss der GdP aus dem DGB und versuchte, die tolle Rede unseres stellvertretenden Bundesvorsitzenden Dietmar Schilff massiv zu stören. Damit traten sie alle gewerkschaftlichen Werte mit Füßen. Immerhin: Die große Mehrheit der Besucher hielt kopfschüttelnd mit Wort und Tat dagegen.

den entgegengetreten werden. Sie haben in ihrer jeweiligen Gewerkschaft nichts zu suchen und ihr Ausschluss sollte geprüft werden. Nur wenn das passiert, können wir ersten zarten Spaltungstendenzen in Bezug auf den DGB auch in unserer Gewerkschaft wirkungsvoll entgegengetreten.

Denn die GdP ist stärker in einem starken Dachverband. Und ihr seid stärker in eurer starken Gewerkschaft der Polizei.

Lüder Fasche



Kurzer Arztbesuch beendet Versicherungsschutz

Eine wiederkehrende Frage vor deutschen Sozialgerichten: Wegeunfall, ja oder nein?

Im aktuellen Fall des SG Dortmund ging es um den Weg vom Arzt zum Betrieb.

Der sei nicht versichert, wenn er nicht lange dauere, so das Urteil.

Wenn ein Arbeitnehmer nach einem knapp einstündigen Arztbesuch während der Arbeitszeit auf dem Rückweg zum Betrieb einen Verkehrsunfall erleidet, dann liegt kein Arbeitsunfall vor, so der Richterspruch aus Dortmund.

Der betroffene Mann war nach dem Besuch eines Orthopäden auf dem Rückweg zur Arbeit in einen Verkehrsunfall verwickelt, bei dem

er sich erheblich verletzte. Die zuständige Berufsgenossenschaft – Holz und Metall in Köln – sah in dem Verkehrsunfall keinen entschuldigungspflichtigen Arbeitsunfall.

Der Weg zum Arzt und zurück sei eine unversicherte, private Tätigkeit.

Arbeitsunfall kontra Privatvergnügen

Das Sozialgericht Dortmund bestätigte nun diese Auffassung der BG. Das SG Dortmund hat entschieden, Maßnahmen zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit, wie vorliegend der Arztbesuch, seien dem persönlichen Lebensbereich des Versicherten zuzurechnen und daher unversichert. Dass der Arztbesuch der Förderung der Gesundheit und damit letztlich betrieblichen Belangen diene, spiele keine Rolle. Der Kläger konnte nicht davon ausgehen, mit dem Arztbesuch eine vermeintliche Pflicht aus dem Beschäftigungsverhältnis zu erfüllen.

Pech im Unglück: Hätte sich der Kläger mindestens zwei Stunden in der Arztpraxis aufgehalten, wäre von einem sogenannten Wegeunfall vom „dritten Ort“ ausgegangen worden – der Kläger war aber nur etwa eine Stunde beim Arzt.

Dritter Ort mit zeitlicher Grenze

Der Hintergrund für die „Dritte-Ort-Rechtsprechung“ ist folgender: Grundsätzlich gilt, dass nur der direkte Weg zur Arbeit oder von der Arbeit unterbrocht, um irgendwelchen Dingen nachzugehen, die mit der Arbeit nichts zu tun haben, riskiert den Versicherungsschutz. Startet oder beendet der versicherte Arbeitnehmer seinen Hin- oder Heimweg nicht zu Hause, sondern an einem anderen Ort, dann stellt sich natürlich die Frage, ob dann nur ein Zwischenstopp vorliegt oder Hin- oder Heimweg beendet sind, das Ziel also erreicht ist. Hier hat das BSG bereits 1976 eine zeitliche Grenze



vorgegeben: Zwei Stunden. Längere Aufenthalte am dritten Ort weisen auf das Ende des Weges hin beziehungsweise dem Beginn, kürzere bedeuten, dass es sich um eine Unterbrechung und – bei der Fortsetzung – um einen nicht versicherten Weg handelt.

© bund-verlag.de (mst)

Quelle

SG Dortmund (28. 2. 2018)

Aktenzeichen S 36 U 131/17



TERMIN

Redaktionsschluss für die Juli-Ausgabe 2018, Landesjournal Bremen, ist der 2. Juni 2018.

Artikel bitte mailen an:

Ahlersbande@t-online.de



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Bremen

Geschäftsstelle:

Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 1. Januar 2018

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X



Tarifpolitische Info



Gewerkschaft
der Polizei

Tarif- und Besoldungsrunde 2018 Bund/VKA Dritte Verhandlungsrunde mit gutem Ergebnis

Berlin. Vom 15. – 17. April 2018 fand die dritte Verhandlungsrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (öD) von Bund und VKA statt. Die Gewerkschaften des öD waren vertreten durch ver.di, GdP, GEW und IG BAU sowie der dbb tarifunion. Die Verhandlungen verliefen sehr langwierig. In den späten Abendstunden des dritten Verhandlungstages konnte schließlich ein gutes Ergebnis erzielt werden.

Die Tarifvertragsparteien haben sich auf durchschnittlich 7,5 Prozent Lohnerrhöhung bei 30 Monaten Laufzeit verständigt. Unter dem Strich ist das die höchste Steigerung seit Jahren.

Damit alle Beschäftigten in einem ausgewogenen Verhältnis von der Tarifierhöhung profitieren, haben sich die Tarifvertragsparteien darauf geeinigt, in dieser Runde alle Tabellenwerte gesondert zu betrachten und einzeln anzuheben. Die Erhöhungen folgen dabei drei Leitprinzipien:

- Berufseinsteigerinnen und -einsteiger und damit insbesondere junge Menschen erhalten höhere Gehälter (Stufe 1 aller Entgeltgruppen wird überproportional angehoben).
- Beschäftigte in technischen, IT- und in sozialen Berufen, in denen das Gefälle zur Wirtschaft besonders groß ist, werden besser bezahlt.
- Die Kolleginnen und Kollegen machen mit den unteren und mittleren Gehältern einen Sprung, der an den geforderten Mindestbetrag heranreicht.

Beispiele hierzu sind auf der nächsten Seite aufgeführt.

Der Tarifabschluss zusammengefasst:

- insgesamt durchschnittlich 7,5 Prozent bei 30 Monaten Vertragslaufzeit
- bis zu 12 Prozent mehr für Einsteigerinnen und Einsteiger (Stufe 1 aller Entgeltgruppen)
- rückwirkend zum 1. März 2018 im Schnitt 3,19 Prozent
- ab 1. April 2019 im Schnitt 3,09 Prozent
- ab 1. März 2020 im Schnitt 1,06 Prozent
- zusätzlich gibt es rückwirkend zum 1. März 2018 für die Entgeltgruppen E 1 bis E 6 eine Einmalzahlung in Höhe von 250 Euro
- Angleichung der Jahressonderzahlung Ost in vier Schritten; diese werden für die Beschäftigten in den östlichen Bundesländern schrittweise auf das Westniveau angehoben
- Auszubildende
 - die Entgelte erhöhen sich rückwirkend ab 1. März 2018 um einen Festbetrag in Höhe von 50 Euro und ab 1. März 2019 um einen weiteren Festbetrag in Höhe von 50 Euro
 - ab dem 1. März 2018 wird wieder die Übernahmeregelung für Auszubildende in Kraft gesetzt
 - der Urlaubsanspruch erhöht sich auf 30 Arbeitstage
- Die Regelungen der Altersteilzeit haben sich um die Laufzeit um 30 Monate bis zum 31. August 2020 verlängert.
- Im Bereich des Bundes wird zum 1. März 2018 eine Entgeltgruppe 9 c eingeführt.
- zeit- und wirkungsgleiche Übernahme auf die Beamtinnen und Beamten

Wir danken allen Kolleginnen und Kollegen für ihr Engagement!



Das gibt's doch nicht!?

Gute Gespräche, Erholung, Bildung, Spaß, Meer und die Möglichkeit, mit hochrangigen Führungskräften in eine konstruktive Diskussion einzusteigen?

Doch das gibt's!!!

Am 16. 4. 2018 gab es das. Die Fachgruppe der Bereitschaftspolizei der GdP traf sich zu ihrem jährlichen Fachgruppenseminar in Tossens. Fachgruppenvorsitzender und Seminarleiter **Jan Singenstreu** organisierte drei sehr konstruktive Tage mit interessanten Gesprächsgästen und jeder Menge Spaß.

Bei bestem Wetter sowie einer hervorragenden Unterkunft mit regionalen Köstlichkeiten kam es zu sehr kritischen und konstruktiven Diskussionen untereinander, mit dem Direktionsleiter Einsatz, **Rainer Zottmann**, dem Abteilungsleiter der Bereitschaftspolizei, **Michael Steines**, dem ständigen Polizeiführer **Kai Ditzel** und dem Landesvorsitzenden der GdP, **Lüder Fasche**.

Wir waren mit 14 Teilnehmern für EUCH dort vertreten, haben uns Gedanken gemacht und sind in den Gesprächen für euch eingetreten. Wann und wo haben wir sonst die Möglichkeit, mit den oben genannten Personen in entspannter Atmosphäre – ohne Zeitdruck – in eine konstruktive Diskussion einzusteigen?

Belastungsgrenze, Flexibilität und Krankheit

In den Gesprächen tauchten Begriffe wie Belastungsgrenze, Flexibilität und Krankheit viel zu häufig auf. Wir haben darauf aufmerksam gemacht, dass es nicht notwendig ist, die Belastungsgrenze immer wieder aufs Neue auszureizen, um ein Recht auf freie Tage oder ein Betonwochenende zu haben.

Es ist nicht mehr hinnehmbar, dass die Bereitschaftspolizei aufgrund der Personalknappheit immer wieder völlig selbstverständlich zum Selbstbedienungsladen für die Bewältigung verschiedenster Einsatzlagen gemacht wird!

Eine regelmäßige Erholung von der Vielzahl langer und körperlich anstrengender Einsätze muss eine Selbstverständlichkeit sein! Wir sind bereit an unsere Belastungsgrenze zu gehen, wenn es erforderlich ist. Aber es kann nicht sein, dass dies eine Grundannahme ist, um ein Anrecht auf Erholung zu haben.

Des Weiteren haben wir klar dargestellt, dass eine Stärke von 1/25 in den Einsatzzügen bereits weit unter der Schmerzgrenze liegt. Eine uneingeschränkte Einsatzfähigkeit ist so nicht mehr zu gewährleisten. Wir fordern eine Auffüllung

der Einsatzzüge auf eine Stärke von 1/38!

Zudem sind bereits geltende Regelwerke da, um eingehalten zu werden. Betonwochenenden müssen verlässlich bleiben und dürfen nur im absoluten Ausnahmefall angetastet werden.

Wir möchten uns als Fachgruppe der Bereitschaftspolizei bei unseren Gesprächsgästen für die offenen Worte bedanken. Bei unseren Seminaren zeigt es sich regelmäßig, dass wir in der Lage sind, kritische Themen an die Personen weiterzugeben, wo sie hingehören.

WIR MACHEN UNS FÜR EUCH STARK!!!

Nutzt die Möglichkeit und kommt 2019 mit zum Fachgruppenseminar eurer Fachgruppe nach Tossens. Anmelden ist ganz einfach und tut gar nicht weh. Wir brauchen euch und freuen uns auf euch. Weitere Infos bekommt ihr über die Geschäftsstelle der GdP oder direkt bei eurer Fachgruppe. Schreibt gerne eine E-Mail an bp@gdp-hb.de und ihr bekommt schnellstmöglich eine Antwort.

Die Fachgruppe der Bereitschaftspolizei Bremen



Die Teilnehmer der Bereitschaftspolizei am informativen Seminar in Tossens.



BUNDESJUGENDKONFERENZ

Wer, wenn nicht WIR!

Unter diesem Motto fand am 9. und 10. April 2018 die 15. Bundesjugendkonferenz der JUNGEN GRUPPE (GdP) in Potsdam statt. Dort trafen sich insgesamt 104 Delegierte aus allen Landesbezirken, der Bundespolizei und dem BKA, welche die Interessen der insgesamt 47 000 Mitglieder der JUNGEN GRUPPE – also von rund einem Viertel der insgesamt 186 000 GdP-Mitglieder – aus ganz Deutschland zu vertreten.

des Jugendvorstand gewählt. Neben dem neuen Vorsitzenden **Niels Sahling** aus dem Landesbezirk Hamburg konnten auch wir Bremer mit **Ramin Kalali** erneut einen Kandidaten aufstellen und in den Vorstand wählen lassen. An dieser Stelle möchten wir nicht nur den beiden, sondern natürlich allen frisch gewählten des geschäftsführenden Bundesjugendvorstandes gratulieren und euch viel Erfolg für die nächsten vier Jahre wünschen! Auf eine gute Zusammenarbeit!



V. li.: stellvertretender Bundesjugendvorsitzender **Ramin Kalali**, Landesjugendvorsitzender **Jannik Wessels**, ehemaliger Landesjugendvorsitzender **Nils Peters**, stellvertretender Landesjugendvorsitzender **Lennart Nasko** und stellvertretende Landesjugendvorsitzende **Neele Winkelmann**

Auch der Landesbezirk Bremen war mit drei Delegierten – dem Landesjugendvorsitzenden **Jannik Wessels** und seinen beiden Stellvertretern **Lennart Nasko** und **Neele Winkelmann** – vertreten. Hierbei hatten wir nicht nur die Möglichkeit, uns für die Interessen unseres Landesbezirkes einzusetzen, sondern vor allem hatten wir dort die Chance, über den Tellerand unseres Landes hinaus in die anderen Bezirke zu schauen und neue Kontakte zu knüpfen.

Zu Beginn der Konferenz wurde der neue geschäftsführende Bun-

Es wurde jedoch nicht nur ein neuer Vorstand gewählt, sondern auch über diverse Themen wie die bundesweit unterschiedliche Besoldung, ein verbesserter Schutz für Ermittler in belastenden Deliktbereichen, die Gewalt gegen die Polizei, eine moderne, der heutigen Zeit angepasste Ausstattung und über einen finanziellen Anreiz für Polizeibeschäftigte in Hochpreisregionen diskutiert. Ebenso wurde über die Einsatzbewältigung und die daraus entstehenden Belastungen, zum Beispiel durch den G20-Gipfel in Hamburg im vergangenen Jahr, gesprochen.

FACHGRUPPE SENIOREN

Monatstreffen

Bremerhaven

Dienstag, 12. Juni 2018, 16.00 Uhr, Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhafen 8

Bremen

Donnerstag, 14. Juni 2018, 15.30 Uhr, Grollander Krug
Wilhelm Hinners (CDU), Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, wird unser Gast sein.

Wolfgang Karzenburg



SEMINARTERMINE

Seminare Vorbereitung auf den Ruhestand:

Für die aufgeführten Seminare sind noch Plätze frei!

Bremen: Dienstag, 11. September 2018, 9–16 Uhr, Scharnhorstkaserne

Bremerhaven: Dienstag, 25. September 2018, 10–16 Uhr, DGB-Haus

Anmeldungen für Bremen und Bremerhaven in der GdP-Geschäftsstelle Bremen, **04 21-9 49 58 50** oder E-Mail: **bremen@gdp.de**

Alles in allem waren es für uns zwei interessante und spannende, aber auch arbeitsreiche Tage, aus denen wir mit neuen Ideen nach Bremen zurückgekehrt sind.

Neele Winkelmann



GdP wird Pilotphase des Polizei-Messengers NIMes konstruktiv-kritisch begleiten

Hannover, 3. Mai 2018

„Der neue Polizei-Messenger ermöglicht in der dienstlichen Kommunikation der niedersächsischen Polizei nun eine sicherere Datenübertragung. Allerdings sehen wir NIMes in einigen Bereichen kritisch und werden diese Punkte in der Pilotphase genau beobachten.“ Das sagte der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff am Donnerstag nach der öffentlichen Vorstellung der neuen App für die Polizei.

Vor allem sei nun gewährleistet, dass die Kolleginnen und Kollegen nicht doch in einem Notfall – wenn es mal schnell gehen muss – ihre privaten Accounts beim weit verbreiteten Dienst „WhatsApp“ nutzen müssen. „NIMes bietet eine größere Sicherheit im Umgang mit sensiblen Daten, die im Zusammen-

hang mit Unfallaufnahmen oder Ermittlungen aller Art übermittelt werden müssen“, so Schilff weiter. Allerdings muss in der dreimonatigen Pilotphase genau überprüft werden, ob es datenschutzrechtli-



che Probleme gibt, die noch ausgeräumt werden müssen.

Insbesondere vor dem Hintergrund der Einhaltung arbeitszeitrechtlicher Ruhe- und Erholungszeiten sieht die GdP Niedersachsen vor-

allem die Nutzung privater Handys als problematisch an: „Der Minister sagt zwar, dass von keinem Polizisten erwartet werde, NIMes-Nachrichten in der Freizeit zu lesen, aber wir wissen doch alle, wie es ist: Eine Nachricht ploppt auf, und dann schaut man doch aufs Handy. Hier kann und darf die Verantwortung nicht auf den Arbeitnehmer abgewälzt werden“, erklärte der GdP-Landesvorsitzende. Seiner Ansicht nach sollten alle Polizistinnen und Polizisten mit Diensthandys ausgestattet werden, um die Trennung von Arbeit und Freizeit zu bewahren. Die zusätzlichen 1000 Geräte, die nun angeschafft werden, seien da ein guter Anfang.

In der Pilotphase wird die GdP Niedersachsen die Knackpunkte, die sie bei dem neuen Polizeimessenger-System sieht, erneut benennen und die entsprechende Dienstvereinbarung, die mit dem Polizeihauptpersonalrat abgeschlossen wurde, prüfen.

SPD Niedersachsen beschließt Wiedereinführung von Weihnachtsgeld für alle Beamtinnen und Beamte

Wichtiges Signal für jahrelange Aktionen von GdP, GEW und Verdi

Bad Fallingb., 14. April 2018 08

Auf dem ordentlichen Parteitag der SPD Niedersachsen in Bad Fallingb. haben die Delegierten Ministerpräsident Stephan Weil und der SPD-Landtagsfraktion laut Antragstext den Auftrag erteilt, aktiv darauf hinzuwirken, dass die durch die „Regierung Wulff“ vorgenommen Einschnitte beim Weihnachtsgeld der niedersächsischen Beamtinnen und Beamten rückgängig gemacht werden und hier ein Gleichklang zum Tarifbereich hergestellt wird.

GdP-Landesvorsitzender Dietmar Schilff: „Es zeigt sich, dass die seit 2005 durchgeführten Aktionen, Demonstrationen und Gespräche mit der Politik von GdP, GEW und Verdi nun endlich Wirkung bei der

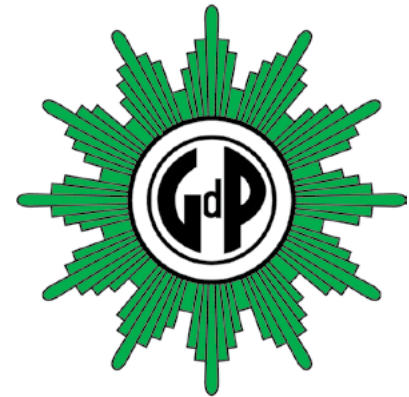
SPD erzielt haben. Der Antrag ist kein Prüfauftrag sondern ein klarer Umsetzungsbeschluss an die Landesregierung und an die SPD-Landtagsfraktion, diese seit 2005 bestehende Ungerechtigkeit aufzu-

heben. Die Entscheidung des SPD-Parteitages begrüße ich außerordentlich. Nun erwarten wir zügig Gespräche seitens des Ministerpräsidenten und der SPD-Landtagsfraktion.“

GdP, GEW und Verdi waren es, die sich seit der Abschaffung des Weihnachtsgeldes im Jahr 2005 für die meisten Beamtinnen und Beamten die gesamte Zeit aktiv für die Wiedereinführung eingesetzt haben, während andere dieses Thema offensichtlich schon lange aufgegeben hatten. Jedes Jahr kurz vor Weihnachten haben Funktionsträger und Beschäftigte der drei Ö.-D.-



GdP-SERVICE-GMBH



Anzeige

AUS ANDEREN LANDESBEZIRKEN

Gewerkschaften im DGB vor dem Finanzministerium, vor der Staatskanzlei und vor dem Landtag für die Rückkehr zu einer Sonderzahlung demonstriert. Mit dem Beschluss ist nunmehr ein wichtiger Schritt getan.

Der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schillf war mit dem Vertreter von GEW, Rüdiger Heitefaut, und dem Verdi-Vorsitzenden Detlef Ahting beim SPD-Landesparteitag



in Bad Fallingbostel, wo am Rande noch Gespräche mit Verantwortlichen und Delegierten auch zum Thema Weihnachtsgeld geführt wurden. Besonders erfreulich war, dass ein IG-Metallvertreter des VW-Betriebsrates in Wolfsburg am Rednerpult für die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes gesprochen und damit die Forderungen der drei Ö.-D.-Gewerkschaften unterstützt hat. Das ist echte Solidarität unter Schwestergewerkschaften im DGB.

Kreuzfahrt vom **21. September** bis **15. Oktober 2019** PSW wird **25** **erstmalig** ... lassen Sie sich das nicht entgehen!

Kiel - New York

ab 1.199,- p.P.




Ihr Schiff MSC Merivigia

Kiel - Kopenhagen - Southampton - Belfast - Reykjavik - St. John/New Brunswick - Halifax - New York

Eingeschlossene Leistungen unter anderem:

- Kreuzfahrt
- Vollpensión
- Tischgetränke inklusive
- Swimmingpool, Panorama-Fitnesscenter und Open-Air-Sportanlagen
- Theatershows auf höchstem Niveau
- Umfangreiches Freizeitprogramm
- Abendlicher Turndown-Service
- Bis zu 3 Ausflüge inklusive
- 30 % auf dem Wäscheservice

Information und Buchung:

PSW-Reisen Lübeck Hans-Böckler-Str. 2 23560 Lübeck
Fon 0451 - 502 17 36 Fax 0451 - 502 17 58
E-Mail: psw-reisen.luebeck@

PSW-Reisen Kiel Max-Giese-Str. 22 24116 Kiel
Fon 0431 - 17093 Fax 0431 - 17092

Veranstalter: MSC Kreuzfahrten, GmbH, Nidderstraße 3/7, 80339 München

Nähere Informationen zur Reise und zum Frühbucherrabatt in der Geschäftsstelle der GdP Bremen



04.04.2018

Pressemeldung



**Gewerkschaft
der Polizei**
Bremen

Grüner twittert „Copkilla“-Songs

Fasche: Wilko Zicht nicht länger tragbar!

Am 2. April hat der frühere innenpolitische Sprecher der Bremer Grünen, Wilko Zicht einen YouTube Link getwittert in dem ein Chor der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) sogenannte „Copkilla“-Songs verschiedener Gangster Rapper interpretiert. Nach Zichts dortiger Meinung habe das Medley sogar das „Zeug zum Ohrwurm“.

Lüder Fasche, der neue Landesvorsitzende der Bremer Gewerkschaft der Polizei (GdP), sieht das sehr kritisch. „Die experimentelle klassische Darstellung von Gangster Rap ändert nichts an den textlichen Inhalten.“

„Mach dich ab du Spast, fick die Polizei, fick den Kommissar“ sei zum Beispiel nicht nur eine widerwärtige Beleidigung von Behinderten und Polizisten, sondern auch die geistige Grundlage für zunehmende Gewalt gegen Menschen in Uniform. Ebenso wenn dort gesungen wird, „Ihr Scheißbullen fährt ruhig weiter euren Rinderwahn – bis es heißt der Copkilla kam.“

Als ehemaliger innenpolitischer Sprecher müsse Zicht die Fernwirkung solcher Passagen klar sein. Wenn er dennoch diese Texte gutheiße und verbreite, sei er als Fraktionsmitarbeiter einer Regierungspartei nicht mehr tragbar! Wilko Zichts Arbeit werde von Steuergeldern finanziert. Spätestens dieser Umstand sollte vermuten lassen, dass er einen respektvollen Umgang mit staatlichen Organen wie der Polizei pflegt.

Polizisten wären keine Mimosen. Der sehr ausgeprägten polizeikritischen Haltung Wilko Zichts habe man sich seitens der GdP im Dialog auch immer gerne entgegen gestellt. Aber selbst eine noch so gegensätzliche Diskussion müsse von einem grundsätzlichen Respekt füreinander getragen werden. Diesen lasse Zicht mit einem derartigen Posting gänzlich vermissen.

Lüder Fasche erklärt den früheren Bürgerschaftsabgeordneten zur Persona non grata; „Es obliegt den Grünen, ob sie glauben, sich so einen Mitarbeiter weiter leisten zu können.“

Als Gesprächspartner der GdP hat Wilko Zicht sich nunmehr aber endgültig disqualifiziert.

Rückfragen an:

Lüder Fasche
Landesvorsitzender
(0170) 246 7104

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist die größte Interessenvertretung der Polizeibeschäftigten Deutschlands. Sie engagiert sich für ihre bundesweit rund 180.000 Mitglieder, für die Zukunftsfähigkeit der Polizei sowie auf dem Gebiet der Sicherheits- und Gesellschaftspolitik.

Gewerkschaft der Polizei, Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen, Tel.: 0421 / 94 95 85 – 0, FAX: 0421 / 94 95 85 – 9, Mail: bremen@gdp.de

